



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses**

**am 11.04.2019
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 29.01.2019
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 14.02.2019
3. Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in Großhöbing
4. Geänderte Eingabeplanung zum Bauantrag auf Aufstockung eines bestehenden Mehrfamilienhauses in Obermässing
5. Geänderte Eingabepläne zum Bauantrag auf Errichtung einer Stützwand und Geländemodellierung in Obermässing
6. Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung in Obermässing
7. Zufahrt zum Grillplatz-Baulicher Zustand - Ortstermin
8. Antrag auf Bepflanzung einer öffentlichen Fläche in Euerwang - Ortstermin
9. Jugendheim Österberg - Ortstermin
10. Baulicher Zustand des Gehweges an der Burgleite in Herrnsberg - Ortstermin
11. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 9 Mitglieder des Bau- und Untweltausschusses wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl		X	Entschuldigt
Maria Deinhard	X		
Stefan Greiner		X	Entschuldigt
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Thomas Schmidt			ab TOP 8 anwesend
Markus Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder (Vertretung für Stefan Greiner)	X		
Michael Beringer (Vertretung für Oswald Brigl)	X		

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Bau- und Untweltausschuss beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 8 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Verwaltung	Funktion
Angela Schmidt	
Katrin Hubmer	
Michael Pfeiffer	

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger:

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
15:00 Uhr	16:50 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 29.01.2019

Sachverhalt:

Nach den Regelungen der Geschäftsordnung (§ 25 Abs. 1 Satz 3) lässt der Vorsitzende über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung abstimmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 8:0

Der Bau und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 29.01.2019.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 14.02.2019

Sachverhalt:

Nach den Regelungen der Geschäftsordnung (§ 25 Abs. 1 Satz 3) lässt der Vorsitzende über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung abstimmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 8:0

Der Bau und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.02.2019

TOP 3. Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in Großhöbing

Sachverhalt:

Kerstin und Peter Kühnel aus Großhöbing haben für das Grundstück "Alte Dorfstraße 18", Flur-Nr. 240, Gemarkung Großhöbing einen Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage gestellt.

Das Grundstück ist bereits mit einem Wohnhaus bebaut. Dieses soll nach Fertigstellung des Neubaus abgebrochen werden.

Das geplante Wohnhaus soll nördlich des bestehenden Wohngebäudes errichtet werden.

Das geplante Einfamilienwohnhaus (EG + DG) hat eine Grundabmessung von rund 10,00 m x 8,50 m. Der First befindet sich auf einer Höhe von rund 8 m. Das Wohngebäude ist mit einem Satteldach, Dachneigung 42 Grad geplant und soll mit roten Dachsteinen abschließen.

Die Garage ist mit einer Größe von 6,0 m x 3,0 m geplant und schließt mit einem Flachdach ab.

Das Grundstück ist durch die bereits bestehende Bebauung erschlossen.

Die Baufläche ist im Flächennutzungsplan als allgemeines Wohngebiet gekennzeichnet. Einen Bebauungsplan gibt es nicht. Die Fläche befindet sich innerhalb einer bebauten Ortschaft.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 8:0

Der Bau- und Unterausschuss erteilt dem Bauantrag auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in Großhöbing das gemeindliche Einvernehmen.

TOP 4.	Geänderte Eingabeplanung zum Bauantrag auf Aufstockung eines bestehenden Mehrfamilienhauses in Obermässing
---------------	---

Sachverhalt:

Frau Monika Graf reicht eine geänderte Eingabeplanung zum bestehenden Bauantrag auf Aufstockung eines bestehenden Mehrfamilienhauses in Obermässing, Ziegelespan 5, Flur-Nr. 1357/9, Gemarkung Obermässing, ein.

Dem Bauantrag wurde in der Stadtratssitzung vom 15.11.2018 das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilt.

An der Ostseite ist ein eingeschossiger Anbau am Obergeschoss mit einer Grundabmessung von rund 5,00 m x 3,50 m geplant. Die Wandhöhe für den zusätzlichen Wohnraum beträgt rund 2,50 m, die Gesamthöhe des Anbaus beträgt rund 6,00 m und soll mit einem Flachdach abschließen.

Das Haus ist mit einem Satteldach, Dachneigung 35 Grad geplant. Das Dachgeschoss soll mit einem Zwerchhaus ausgebaut werden.

Ein Balkon soll über eine Teilfläche an der Nordostfassade errichtet werden.

Das Baugrundstück befindet sich gemäß dem Flächennutzungsplan in einem Wohngebiet. Ein Bebauungsplan existiert nicht.

Das Gebäude fügt sich nun, durch die geänderte Eingabeplanung, nach 34 Abs. 1 BauGB ein.

Diskussionsverlauf:

Frau Hubmer stellt den Ausschussmitgliedern den geänderten Bebauungsplan vor.

Stadtrat Hiemer stimmt der geänderten Planung zu. Er erkundigt sich, ob der Anbau die Abstandsflächen zur Straße einhält. Hierzu wird erklärt, dass diese eingehalten sind, da bei der Abstandsflächenberechnung öffentliche Straßen zur Hälfte mit einbezogen werden können.

Stadträtin Deinhard fragt an, ob die im vorherigen Plan eingezeichnete Plattform, die nur über eine Außentreppe zu erreichen war, wegfällt. Frau Hubmer führt dazu aus, dass die Außentreppe wegfällt und der Bau nun ein innliegendes Treppenhaus enthält.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 8:0

Der Bau- und Unterveltausschuss erteilt der geänderten Eingabeplanung auf Aufstockung eines bestehenden Mehrfamilienwohnhauses in Obermässing das gemeindliche Einvernehmen.

TOP 5.	Geänderte Eingabepläne zum Bauantrag auf Errichtung einer Stützwand und Geländemodellierung in Obermässing
---------------	---

Sachverhalt:

Der geänderte Eingabeplan zum Bauantrag wird wegen fehlender Unterlagen zurückgestellt.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl führt aus, dass bei diesem Bauantrag die Antragssteller noch planerische Nacharbeiten leisten müssen. Der Antrag wird zurückgestellt.

TOP 6.	Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung in Obermässing
---------------	---

Sachverhalt:

Verena und Thomas Kroll aus Kösching möchten auf dem Grundstück "Bierweg 2", Flur-Nr. 1232/9, Gemarkung Obermässing ein Einfamilienwohnhaus mit Einliegerwohnung neu errichten.

Mit der Bauvoranfrage soll die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit des Antrages geklärt werden.

Das Grundstück ist bereits mit einem Wohnhaus bebaut. Dieses soll nach Fertigstellung des Neubaus abgebrochen werden.

Das zweigeschossige Gebäude ist mit einer Grundfläche von 17,00 m x 13,00 m geplant.

Weiter Angaben wurden nicht gemacht.

Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1 „Bei den Angergärten“ in Obermässing. Folgende Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes sind nach § 31 Abs. 2 des Baugesetzbuches notwendig, wenn die Bauwerber ihr Vorhaben, wie geplant, errichten möchten:

1. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wegen Überbauung der südwestlichen Baugrenze durch das Wohnhaus.
2. Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes wegen Nichteinhaltung der Firstrichtung um 90 Grad.
3. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes bezüglich der Anbauverbotszone an der RH 27. Laut Bebauungsplan ist eine Anbauverbotszone von 15 m festgesetzt. Die Bauwerber würden diese an der nordwestlichen

Gebäudeseite um ca. 4,00 m überbauen. Das Landratsamt Roth hat dazu noch keine Stellungnahme abgegeben.

Für den Punkt Nr. 1 wurde bereits schon in gleichgearteten Fällen Befreiungen erteilt.

Für die Punkte Nr. 2 u. 3 gibt es in dem Baugebiet keine vergleichbaren Fälle.

Diskussionsverlauf:

Frau Hubmer stellt den Bauantrag vor.

Bürgermeister Preischl ergänzt dazu, dass die Abweichung von der Anbauverbotszone eine Angelegenheit des Landratsamtes ist. Man sollte die Entscheidung des Bauausschusses in Zusammenhang mit der Entscheidung des Landratsamtes stellen.

Er führt weiterhin aus, dass sich die Verwaltung mit der Abweichung für die Firstrichtung schwer tut. Die beiden anderen beantragten Abweichungen gehen von Seiten der Verwaltung aus in Ordnung.

Stadtrat Hiemer gibt Herrn Bürgermeister Preischl Recht, ergänzt allerdings dazu, dass andere Häuser in dieser Front bereits um 90° gedreht sind. Diese Häuser sind zwar nicht Teil des angesprochenen Bebauungsplanes, aber in derselben Straße. Stadtrat Hiemer hat deswegen kein Problem mit einer geänderten Firstrichtung.

Bürgermeister Preischl antwortet, dass man sich hier in einem grundsätzlichen Dilemma befindet. Der Bauplatz ist Teil eines gültigen Bebauungsplanes. Die Firstrichtung wurde damals als zwingend eingebracht. Hier wird eine Abweichung vom vorhandenen Bebauungsplan beantragt.

Stadtrat Hiemer fügt dazu an, dass der Bebauungsplan in einem anderen Bereich des Baugebietes bereits geändert wurde.

Frau Hubmer ergänzt dazu, dass sich der Bebauungsplan in zwei Abschnitte unterteilt. Im zweiten Abschnitt wurde einmal einer geänderten Firstrichtung zugestimmt.

Stadtrat Sorgatz stellt fest, dass der Bebauungsplan aus dem Jahr 1977 ist. Das betreffende Haus mit geänderter Firstrichtung stand wahrscheinlich bereits vor dem Erlassen des Bebauungsplanes. Das Haus wurde in das Baugebiet mit aufgenommen.

Stadtrat Hiemer ergänzt dazu, dass das Haus aus den 1950er Jahren stammt.

Stadträtin Holzmann fragt an, ob die Nachbarn der Planung zugestimmt haben.

Bürgermeister Preischl antwortet, dass das Landratsamt und die Stadt Greding den Bauplan genehmigen müssen. Es bedarf keiner Zustimmung der Nachbarschaft.

Stadtrat Schneider merkt an, dass man sich seiner Meinung nach an den Bebauungsplan halten soll.

Wurde vor der Bauvoranfrage bereits mit den Eigentümern gesprochen und wurden sie auf den Bebauungsplan hingewiesen?

Frau Hubmer antwortet, dass die Eigentümer den Bebauungsplan kennen. Es handelt sich hierbei nur um eine Bauvoranfrage. Wenn der Bau- und Umweltausschuss hier seine Zustimmung erteilt, darf der Bau so durchgeführt werden.

Stadtrat Sorgatz merkt an, dass die Eigentümer die Firstrichtung gedreht haben möchten, da anders kein Platz im Baugrundstück für das neue Einfamilienhaus ist.

Stadtrat Beringer findet den Beschlussvorschlag der Verwaltung plausibel und gerechtfertigt. Er sieht das Problem eher bei der Abweichung der Anbauverbotszone. Dies sei aber ein Problem des Landratsamtes.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 7:1

Der Bau- und Umweltausschuss erteilt der Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung in Obermässing das gemeindliche Einvernehmen.

Die notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für den Punkt 1 wird erteilt.

Die notwendige Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für den Punkt Nr. 2 wird aus städtebaulichen Gründen nicht erteilt.

Die notwendige Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für den Punkt Nr. 3 erteilt der Bau- und Umweltausschuss nur, wenn das Landratsamt Roth der Abweichung, bezüglich der Anbauverbotszone, zustimmt.

TOP 7.	Zufahrt zum Grillplatz-Baulicher Zustand - Ortstermin
---------------	--

Sachverhalt:

Bei der Verwaltung ging ein Schreiben der Firma Wenzel ScanTec GmbH aus Greding, Mettendorfer Weg 24, ein.

In diesem Schreiben wurde auf den schlechten baulichen Zustand der Zufahrt zum Mettendorfer Weg hingewiesen.

Durch den zunehmenden LKW Verkehr hat sich der Straßenbelag zunehmend verschlechtert. Einerseits durch die LKW's, die aus dem Betonwerk kommen und andererseits durch LKW's, die den Bereich vor dem Grillplatz als Wendeplatz nutzen.

Der Bau- und Umweltausschuss soll sich vor Ort einen Eindruck über den Zustand der Straße verschaffen und die weiteren Schritte festlegen.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl stellt den Sachverhalt vor und stellt die Frage, wie man zukünftig mit solchen Fragen umgehen soll. Die Zufahrt zum Grillplatz stellt auch die Durchfahrt für den Radweg von Mettendorf aus kommend da.

Stadträtin Holzmann fragt an, ob die Zufahrt zur Firma Wenzel ScanTec GmbH privat oder öffentlich ist.

Frau Hubmer antwortet, dass alles öffentliche Flächen sind.

Bürgermeister Preischl ergänzt, dass auch die Betonmischer hier durchfahren. Die Frage ist auch, ob man hier überhaupt etwas tun sollte. Bürgermeister Preischl schlägt vor, dass man die Verwaltung beauftragen könnte zu prüfen, mit welchen Kosten gerechnet werden müsste, wenn man die Straße bis zum Eingang zur Firma Wenzel ScanTec GmbH sanieren würde. Die Planung würde dann dem Stadtrat vorgestellt werden.

Stadtrat Beringer findet den Vorschlag von Bürgermeister Preischl, die Verwaltung die Kosten ermitteln zu lassen, gut.

Bei der Zufahrt zum Grillplatz handelt es sich jetzt um eine Betonstraße. Es gibt noch mehr Betonstraßen auf dem Gebiet der Stadt Greding. Grundsätzlich findet Stadtrat Beringer die Straße zwischen Herrnsberg und Litterzhofen zum Beispiel dringlicher als die Zufahrt zum Grillplatz.

Bürgermeister Preischl erwidert, dass es sich jetzt erstmal um eine Kostenprüfung handelt. Man könnte die Straße Herrnsberg – Litterzhofen auch mit überprüfen. Das bereits in Auftrag gegebene Kernwegenetz enthält zukünftig auch die Gemeindeverbindungsstraßen. Hier ist dann z.B. Herrnsberg – Litterzhofen oder auch Kaising – Landerzhofen mit dabei. Bürgermeister Preischl stellt nochmal fest, dass die Kostenermittlung ab der Einfahrt Obi bis zur Abgrenzung des Grillplatzes geklärt werden soll. Danach kann erst eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 8:0

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt einer Sanierung der Zufahrt zum Grillplatz nicht zu.

TOP 8.	Antrag auf Bepflanzung einer öffentlichen Fläche in Euerwang - Ortstermin
---------------	--

Sachverhalt:

Der Verwaltung ging ein Schreiben vom Ortssprecher Michael Schneider aus Euerwang ein.

Er wies auf eine sehr verwilderte öffentliche Grünfläche vor dem Grundstück Enkeringer Weg 5 hin und beantragte eine neue Anpflanzung.

Der Bau- und Umweltausschuss soll sich dazu vor Ort einen Eindruck verschaffen.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl erklärt, dass die Hälfte der verwilderten Fläche der Stadt gehört. Die Anfrage, ob das Grundstück verkauft werden könnte, wurde bereits abgelehnt. Bürgermeister Preischl nimmt mit den Nachbarn Kontakt auf ob sie sich an den Kosten beteiligen würden.

Stadträtin Deinhard regt an, hier pflegeleichte Pflanzen anzupflanzen.

Bürgermeister Preischl ergänzt, dasss ein Kauf der kompletten Fläche nicht möglich ist.

Auf Anfrage von Stadträtin Holzmann antwortet Bürgermeister Preischl, dass die Pflege der Pflanzen bei der Stadt hängt.

Stadträtin Deinhard meint, dass es nicht möglich ist, nur die Hälfte neu zu bepflanzen. Eine Blühwiese ist nicht pflegeleicht.

Stadtrat Beringer stellt fest, dass Stadtrat Michael Schneider diesen Tagesordnungspunkt für die Anwohner der Fläche beantragt hat. Gibt es Wünsche der Nachbarn was mit der Fläche geschehen soll?

Bürgermeister Preischl antwortet, dass die einzigen Vorgaben der Nachbarn waren, dass es niedrig und pflegeleicht sein sollte. Von den Nachbarn wird sich keiner um diese Fläche kümmern.

Stadtrat Hiemer würde den Efeu drin lassen und alle Büsche radikal zurückschneiden. Eine Neubepflanzung kostet mehr und die Pflege ist vor allem am Anfang recht intensiv. Stadtrat

Hiemer schlägt vor, einen Fachmann kommen zu lassen und die Pflanzen zurückzuschneiden.

Bürgermeister Preischl möchte, dass die Fläche ordentlich wird. Besitzer der Fläche ist eine Erbgemeinschaft. Er stellt den neuen Beschlussvorschlag, dass alles so weit wie möglich zurückgeschnitten wird und dann der Rückschnitt gepflegt wird.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 9:0

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt einer neuen Anpflanzung nicht zu.

TOP 9. Jugendheim Österberg - Ortstermin

Sachverhalt:

Das "alte Milchhaus" auf dem Grundstück "Zur Kirche 1", Flur-Nr. 26, Gemarkung Österberg, wurde von der Dorfjugend Österberg in Zusammenarbeit mit der Kirchenstiftung Österberg und dem Bauamt der Stadt Greding saniert und kann nun als zentraler Jugendtreffpunkt genutzt werden.

Das in den fünfziger Jahren erbaute Gebäude blieb in seiner Bausubstanz erhalten. Jedoch mussten der Dachstuhl und die Fassade saniert werden. Ebenso wurden die Fenster und die Haustüre ausgetauscht. Im Inneren wurden die Türen und die Sitzbänke erneuert. Die Wände wurden gestrichen. Im Sanitärbereich wurden neue Fliesen verlegt und die Sanitäranlagen inkl. Armaturen ausgetauscht.

Die Sanierungsarbeiten sind abgeschlossen. Diese wurden größtenteils in Eigenleistung von der Dorfjugend erbracht.

Der Bau- und Umweltausschuss besichtigt das neu sanierte Jugendheim in Österberg.

Die Kosten für Material, Türen, Fenster und Sanitärbereich beliefen sich auf ca. 25.000 Euro.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl stellt das Projekt vor. Die Stadt stellte den finanziellen Rahmen von 20.000 – 25.000 €. Davon wurde das Material gezahlt, die Arbeiten erfolgten in Eigenleistung der Österberger.

Stadträtin Deinhard ergänzt, dass das ehem. Milchhaus in den 50er Jahren gebaut und in den 70er Jahren zu einem Versammlungsraum umgebaut wurde. Zwischenzeitlich wurde es auch als FFW-Haus genutzt. Jetzt nutzen es die Kinder und Jugendlichen von Österberg. Es fing damit an, dass das Dach kaputt war, danach kam immer mehr dazu. Die Stadt genehmigte die Kosten und die Jugend hat in Eigenleistung die Arbeiten ausgeführt. Das ehem. Milchhaus wurde bis auf die Grundmauern saniert, außen Trockengelegt und auch die Installationen wurden neu eingebaut. Ebenso sind die Möbel selbst gemacht. Noch wird das Haus über eine Elektroheizung beheizt. Allerdings wird beim Nachbar eine Hackschnitzelheizung eingebaut an der das ehem. Milchhaus mit angeschlossen werden kann.

Der Erlös der Adventsfenster in Österberg in Höhe von 750 € wurde für Essen für die Arbeiter hergenommen. In diesem Haus stecken über 5.000 Arbeitsstunden der Österberger Dorfgemeinschaft.

Bürgermeister Preischl ergänzt dazu, dass ein Teil des Materials über den Eigenbedarfseinkauf der JVA beschafft werden konnte, da jemand aus Österberg dort arbeitet. Beim Bau halfen alle mit, auch die Erwachsenen für die Jugend. Die angedachte

Alternative, dass die Sanierung des ehem. Milchhauses im Rahmen der umfassenden Dorferneuerung mit Fördergeldern saniert werden würde, wäre nicht günstiger gekommen. Das Projekt hat zur Steigerung der Dorfgemeinschaft beigetragen.

Die Kosten belaufen sich jetzt auf ca. 25.000 €. Es gibt aber einige Sponsoren wie z.B. der Sparkassenfonds des Landrates, Lions und Ricarda Held. Die Stadt hat ebenfalls einen Antrag bei der N-ERGIE über den Bereich „Jugend fördert“ gestellt. Die Endkosten für die Stadt werden sich auf ca. 22.000 € belaufen.

Dies ist als Anreiz für andere Orte zu sehen und ist als gelungenes Werk zu betrachten.

Stadträtin Holzmann spricht den Österbergern ein großes Lob aus.

Herr Pfeiffer ergänzt, dass die Kirche der Nutzer des Hauses ist. Diese hat dann auch über den Kirchenpfleger die Verantwortung für den Betrieb.

Stadtrat Beringer fügt an, dass anders auf die Sachen aufgepasst wird, wenn die Jugend sich selbst einbringt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 9:0

Der Bau- und Umweltausschuss billigt die Sanierungskosten von rund 25.000 Euro.

Die einzelnen Gewerke wurden als Angelegenheit der laufenden Verwaltung durch den Bürgermeister vergeben.

TOP 10.	Baulicher Zustand des Gehweges an der Burgleite in Herrnsberg - Ortstermin
----------------	---

Sachverhalt:

Die Asphaltdecke des Gehweges entlang der Burgleite in Herrnsberg weist erhebliche Ausbrüche und Abplatzer auf, welche zu Beeinträchtigungen und zu einer Gefährdung von Fußgängern führen könnten.

Der Ortstermin soll dem Bau- und Umweltausschuss einen Eindruck vom Zustand des Gehweges vermitteln.

Bei einer Sanierung wäre es sinnvoll, auch ein Leerrohr für den Breitbandausbau mitzuverlegen. Es sind mit ca. 150,-- Euro pro laufenden Meter zu rechnen, wenn die Bordsteine nicht erneuert werden müssen.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl ist von Bewohnern auf den Zustand des Gehweges angesprochen worden. Herr Schmauser hat die Kosten für diesen Weg bereits im Haushalt eingestellt, dies wurde aber immer geschoben. Man kann Angebote bzgl. der Kosten einholen.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass er keinen Vergleich habe, er aber nicht mit diesem Weg anfangen würde.

Die Stadträte Sorgatz, Holzmann und Hiemer bestätigen die Aussage von Stadtrat Schmidt, dass es schlechtere Gehwege in der Stadt Greding gibt.

Stadtrat Schmidt ergänzt, dass es sich um einen reinen Anliegerweg handelt. Es gibt hier keinen Durchgangsverkehr.

Stadtrat Sorgatz fragt nach, ob sich die Anwohner an den Kosten beteiligen müssten.

Herr Pfeiffer antwortet, dass sie dies wegen der StrABS nicht müssen.

Bürgermeister Preischl sagt, dass es, nur weil es im Haushalt steht, nicht gemacht werden muss.

Die Schäden werden zur Kenntnis genommen, derzeit wird aber keine Veranlassung gesehen, den Weg zu sanieren.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 9:0

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt einer Sanierung des Gehweges entlang der Burgleite nicht zu.

TOP 11.	Mitteilungen und Anfragen
----------------	----------------------------------

Greding, 18.04.2019

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Angela Schmidt